



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 15. Juli 2011 (16.08)  
(OR. en)**

**10917/11  
ADD 1**

<b>PV/CONS</b>	<b>35</b>
<b>COMPET</b>	<b>220</b>
<b>RECH</b>	<b>141</b>
<b>ESPACE</b>	<b>42</b>

**ENTWURF EINES PROTOKOLLS**

---

Betr.: **3094. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBS-  
FÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) vom  
30./31. Mai 2011 in Brüssel**

---

# TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN<sup>1</sup>

Seite

## TAGESORDNUNG (Dok. 10663/11 OJ CONS 34 COMPET 215 RECH 132 ESPACE 36)

Punkt 2:	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft .....	3
Punkt 3:	Vorschlag für eine Verordnung des Rates und des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes.....	3
Punkt 4:	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen .....	3
Punkt 5:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinbetrieben.....	4
Punkt 8:	Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems .....	5
Punkt 11:	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich.....	5

o  
o

---

<sup>1</sup> Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

### **2. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft (von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 352 Absatz 1 AEUV)**

- Politische Einigung  
11252/08 DRS 17  
10611/11 DRS 84 SOC 432

Der Rat erörterte die in Dokument 10611/11 dargelegten noch offenen Fragen und stellte fest, dass der in diesem Dokument enthaltene Kompromisstext des Vorsitzes nicht die erforderliche einmütige Zustimmung der Delegationen findet. Der Vorsitz wird sich Gedanken darüber machen, wie mit diesem Dossier weiter verfahren werden soll.

### **3. Vorschlag für eine Verordnung des Rates und des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes**

- Politische Ausrichtung
- Gedankenaustausch  
9224/11 PI 31 CODEC 671  
10629/11 PI 53 CODEC 891

### **4. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen**

- Politische Ausrichtung
- Gedankenaustausch  
9226/11 PI 32  
10629/11 PI 53 CODEC 891

Was die beiden vorgeschlagenen Verordnungen über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes anbelangt, so billigte der Rat weitgehend den in Dokument 10629/11 dargelegten Ansatz des Vorsitzes und forderte eine zügige Lösung der wenigen noch offenen Fragen. Der Rat nahm Kenntnis von der Absicht des Vorsitzes, für den 27. Juni 2011 eine außerordentliche Tagung des Rates einzuberufen, damit eine allgemeine Ausrichtung zu beiden Verordnungsentwürfen angenommen werden kann.

**5. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinstbetrieben**

(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 50 Absatz 1 AEUV)

– Politische Einigung

7229/1/09 DRS 18 COMPET 125 ECOFIN 176 CODEC 298 REV 1

10642/11 DRS 85 COMPET 213 ECOFIN 284 CODEC 896

Der Rat

- erzielte bei Stimmenthaltung der deutschen und der portugiesischen Delegation eine einstimmige politische Einigung über den in Dokument 10642/11 enthaltenen Text. Der Richtlinienentwurf wird nach Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen auf einer der nächsten Ratstagungen als A-Punkt angenommen werden;
- beschloss, die in der Anlage enthaltenen Erklärungen der deutschen und der maltesischen Delegation in das Protokoll aufzunehmen.

**Erklärung Deutschlands**

"Deutschland ist dafür, dass die Rechnungslegungsanforderungen für Kleinstbetriebe reduziert werden, um übermäßigen Verwaltungsaufwand abzubauen.

Deutschland hat daher den ursprünglichen Vorschlag der Kommission unterstützt. Dieser Vorschlag, dem zufolge die Mitgliedstaaten die erforderlichen Möglichkeiten zur Gewährung von Befreiungen erhalten hätten, steht im Einklang mit den allgemeinen Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, die auch auf europäischer Ebene wiederholt angekündigt worden sind.

Der vorliegende Entwurf eines Standpunkts des Rates wird die regulatorischen Anforderungen für Kleinstunternehmen erheblich reduzieren. Allerdings hätte Deutschland es vorgezogen, wenn die Schwellenwerte entsprechend dem Kommissionsvorschlag festgelegt worden wären. Dies hätte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben, noch mehr Kleinstbetrieben eine Befreiung zu gewähren. Darüber hinaus bietet die aktuelle Textfassung keine echten Möglichkeiten für Befreiungen von der Offenlegungspflicht, die eine weitere erhebliche Verringerung des Verwaltungsaufwands bewirkt hätten. Daher kann Deutschland das vorliegende Paket, welches sich allzu sehr von dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag entfernt hat, nicht akzeptieren. Deutschland wird sich weiterhin für eine ehrgeizigere Verringerung des Verwaltungsaufwands einsetzen."

**Erklärung Maltas**

"Malta hat dem Kompromisstext des Vorsitzes mit der Maßgabe zugestimmt, dass die Definition in Artikel 1a Absatz 1 lediglich für den in Dokument 10642/11 wiedergegebenen Vorschlag gilt."

**11. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012 – 2013)**

– Sachstandsbericht

7421/11 RECH 56 ATO 11 COMPET 87

10519/11 RECH 127 ATO 49 COMPET 202

Der Rat nahm Kenntnis von dem Sachstandsbericht und den Bemerkungen der Delegationen. Der Präsident erinnerte an die Vereinbarung, die bereits über den Inhalt der Fusionsforschungstätigkeiten des Rahmenprogramms erzielt worden ist, und kündigte an, der Vorsitz werde sich weiter darum bemühen, dass möglichst bald eine allgemeine Ausrichtung erreicht wird.

**NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN – ÖFFENTLICHE AUSSPRACHEN**

**8. Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems**

– Orientierungsaussprache

[Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates (Vorschlag des Vorsitzes)]

10630/11 PI 54 COUR 28

Der Rat betonte, dass das einheitliche Patentgerichtssystem ein unerlässlicher Bestandteil des endgültigen Pakets ist. Er war sich weitgehend einig, dass die Arbeiten auf technischer Ebene auf der Grundlage des von den Kommissionsdienststellen in Dokument 10630/11 vorgeschlagenen Modells zügig wieder aufgenommen werden müssen, damit ein wirksames und rechtlich abgesichertes spezielles Patentgerichtssystem geschaffen wird, welches die Vorgaben des Gutachtens 1/09 des Gerichtshofs der Europäischen Union in jeder Hinsicht erfüllt.

=====